

Studie

M-Government im Kommen

[31.05.2012] Die Nutzung von Verwaltungsleistungen von unterwegs aus soll künftig Standard werden. Daher planen immer mehr Behörden Investitionen im Mobile Government. Dies hat eine Umfrage des Unternehmens Steria Mummert Consulting ergeben.

Die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland investieren verstärkt in Mobile Government (M-Government). 42 Prozent haben bereits Vorhaben für die Entwicklung von Smartphone-Anwendungen angestoßen. Das Entwickeln von Applikationen und mobilen Diensten für Bürger und Unternehmen geht dabei über die reine Imagewirkung hinaus. Hauptziele der M-Government-Vorhaben sind eine Steigerung der Servicequalität und mehr Effizienz im Verwaltungsbetrieb. Das sind die Ergebnisse der Studie „Branchenkompass 2012 Public Services“ des Unternehmens Steria Mummert Consulting in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut. Nach Angaben von Steria Mummert wird die Zahl der Apps und mobilen Services in den kommenden drei Jahren weiter steigen. So plant jede vierte Verwaltungseinrichtung bis 2014, erstmals in M-Government zu investieren – vor allem auf Bundesebene und in Kleinstädten. Die Entscheider in der Verwaltung versprechen sich von den mobilen Anwendungen nicht zuletzt weitere Impulse für eine einfachere Nutzung des neuen Personalausweises (nPA) in der Verwaltung. „Das Mobiltelefon kann künftig beispielsweise das Kartenlesegerät ersetzen, was noch einmal einen deutlichen Komfortsprung für die Nutzer bedeutet“, erklärt Christian Mohser von Steria Mummert Consulting. Denkbar ist laut Steria Mummert darüber hinaus ein zentraler App Store in Deutschland, in dem alle von und für öffentliche Organisationen entwickelten Anwendungen und zertifizierten Dienste gebündelt werden.

(cs)

Stichwörter: Social Media, Studie, Mobile Government, F.A.Z.-Institut